



Essay

„DIE WOLKE, DIE AN DER GRENZE HALTMACHTE.“ DER REAKTORUNFALL VON TSCHERNOBYL 1986 IM FRANZÖSISCHEN FERNSEHEN¹

Von Katrin Jordan

Tschernobyl ist überall – nur nicht in Frankreich.² Diesen Eindruck konnten die Zuschauerinnen und Zuschauer der Abendnachrichten vom 30. April 1986 gewinnen, als sie den Wetterbericht des französischen Fernsehsenders Antenne 2 sahen. Vier Tage zuvor, am 26. April 1986, hatte sich im sowjetischen Kernkraftwerk Wladimir Iljitsch Lenin der zum damaligen Zeitpunkt schwerste Unfall³ in der zivilen Kernenergienutzung ereignet. Bei einem planmäßigen Test war der Reaktor des vierten Blocks außer Kontrolle geraten. Ein ungehinderter Leistungs- und Temperaturanstieg führte zu einer Explosion, bei der der Reaktorkern zerstört und die Abdeckplatte samt Dach des Reaktorgebäudes gesprengt wurden. Durch das offene Dach entwichen über Tage hinweg radioaktive Substanzen, darunter die leicht flüchtigen Isotope Jod-131, Cäsium-137 und Strontium-90. Sie erreichten aufgrund der großen Hitze von mehr als 2.000 Grad Celsius, die vom brennenden Grafitmantel ausging, eine Höhe von bis zu 10.000 Metern und bildeten im Wesentlichen die sogenannte radioaktive ‚Wolke‘.

In den ersten Tagen trieb diese über Polen und die baltischen Länder hinweg in Richtung Skandinavien, wo im schwedischen Kernkraftwerk Forsmark am 28. April 1986 aufgrund der erhöhten radioaktiven Strahlung Alarm ausgelöst wurde. Am gleichen Abend meldete die sowjetische Nachrichtenagentur TASS erstmals den Unfall.⁴ Einen Tag später griff das französische Fernsehen die Meldung auf, die zuständige Zentralstelle für Strahlenschutz, der Service central de protection contre les rayonnements ionisants (SCPRI), vertreten durch seinen Begründer und Direktor Pierre Pellerin, gab jedoch in den 13 Uhr-Nachrichten des Fernsehsenders TF1 Entwarnung für Frankreich. Die Radioaktivität sei zwar messbar, aber gesundheitlich vollkommen unbedenklich. Ergänzend warnte er vor „Katastrophismus“ und Panikmache.⁵ Dennoch

¹ Essay zur Quelle: Verlauf der radioaktiven ‚Wolke‘ über Europa. Ausschnitt aus den 20 Uhr-Nachrichten des französischen Fernsehsender Antenne 2 (30. April 1986).

² Den Slogan „Tschernobyl ist überall“ prägte die Partei der Grünen kurz nach dem Reaktorunfall, um auf die Relevanz des Unfalls und die Risiken der zivilen Kernenergienutzung auch in der Bundesrepublik aufmerksam zu machen; vgl. Arndt, Melanie, Tschernobyl. Auswirkungen des Reaktorunfalls auf die Bundesrepublik Deutschland und die DDR, Erfurt ³2012, S. 5.

³ Klassifizierung auf der höchsten Stufe 7 „Katastrophaler Unfall“ der Internationalen Bewertungsskala für nukleare Ereignisse (INES).

⁴ „Im Kernkraftwerk Tschernobyl in der Ukraine hat sich eine Havarie ereignet. Einer der Kernreaktoren wurde beschädigt. Es werden Maßnahmen zur Beseitigung der Folgen der Havarie ergriffen. Den Betroffenen wird Hilfe erwiesen. Es wurde eine Regierungskommission eingesetzt.“, zit. nach Neues Deutschland, 29.04.1986, S. 5.

⁵ „Il s’agit d’une radioactivité qui est notable, qui est mesurable, mais qui ne présente aucun inconvénient sur le plan de la santé publique. On a fait tellement de catastrophisme sur le plan de

war ‚Tschernobyl‘ am 30. April 1986 – die ‚Wolke‘ hatte mittlerweile mit drehendem Wind Tschechien, Österreich, Süddeutschland und Norditalien erreicht⁶ – ebenso in Frankreich das Ereignis, das die Medienberichterstattung bestimmte.

Der Reaktorunfall war der Aufmacher aller französischen Nachrichtensendungen der folgenden Tage. In den 20 Uhr-Nachrichten des staatlichen Senders Antenne 2 vom 30. April 1986 wurden ihm 18 Minuten, fast zwei Drittel der 30-minütigen Sendezeit, gewidmet. Der vorliegende Fernsehausschnitt, auf den sich dieser Essay als Quelle bezieht, stammt aus dieser Sendung. Darin prognostiziert die Wettermoderatorin Brigitte Simonetta anhand einer schematischen Landkarte den Verlauf der radioaktiven ‚Wolke‘ über Westeuropa. Ein Azorenhoch, symbolisiert durch einen grünen Pfeil und ein „A“, würde demnach verhindern, dass sie auch über französisches Territorium hinwegzieht: „Und nun die Vorhersage: Über Sardinien hat sich ein Tiefdruckgebiet gebildet, in dem sich die Winde gegen den Uhrzeigersinn drehen. Sollte sich die Radioaktivität halten, ist davon auszugehen, dass der nukleare Staub Richtung Italien, Jugoslawien und Österreich geschickt wird. In Frankreich hat sich ein Azorenhoch entwickelt. Die Wettervorhersage bestätigt, dass es bis nächsten Freitag stark genug bleiben wird und uns eine regelrechte Schutzschranke schenkt. Das Hoch blockiert in der Tat sämtliche aus dem Osten kommenden Strömungen.“⁷

Ein rotes ‚Stop‘-Schild wie aus dem Straßenverkehr, das an der Ostgrenze Frankreichs auftaucht, visualisiert das Gesagte: just an der französischen Grenze macht die Wolke Halt. Einschränkend fügt die Moderatorin hinzu: „Aber Vorsicht, diese Vorhersagen sind nur auf drei Tage berechnet. Es wird zu zeigen sein, wie lange es noch dauert, bis das Feuer gelöscht ist.“ Doch schon am selben Tag zog die ‚Wolke‘ auch über Frankreich hinweg.⁸

Der zitierte Ausschnitt ist bis heute in Frankreich berühmt, ist er doch der sinnbildliche Niederschlag einer Einschätzung, die vielen Zeitgenossen angesichts der in den Nachbarländern ergriffenen Maßnahmen und geführten Diskussionen recht absurd vorkam. Die Wendung von der ‚Wolke‘, die an der Grenze haltgemacht hätte – „le nuage qui s’est arrêté à la frontière“ – fasst für die Kritiker die Informationspolitik der zuständigen Einrichtungen nach ‚Tschernobyl‘ zusammen, die in ihren Augen die wahre Gefährdung bewusst verschwiegen hätten, um die Legitimität des eigenen Atomprogramms nicht infrage zu stellen.⁹ Frankreich hatte mit dem 1974 erlassenen

nucléaire qu’on risque de déclencher la panique. Je voudrais bien dire ici, clairement, que même pour les Scandinaves, la santé n’est absolument pas menacée.“ Pierre Pellerin im Interview mit Michel Chevalet und Yves Mourousi, Journal de 13 heures, TF1, 29.04.1986, 13.00–13.40 Uhr.

⁶ Vgl. die Animationen des Verlaufs der radioaktiven ‚Wolke‘ nach Angaben der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit, URL: <http://www.dw.de/flashs/tschernobyl/wolke_final_deu.htm> (03.03.2014), und des Institut de Radioprotection et de Sécurité Nucléaire von 2005; URL: <http://www.irsn.fr/FR/popup/Pages/tchernobyl_video_nuage.aspx> (03.03.2014).

⁷ Kommentar von Brigitte Simonetta zur Wetterkarte, Journal de 20 heures, Antenne 2, 30.04.1986, 20.00–20.30 Uhr. Alle Übersetzungen ins Deutsche durch die Verfasserin.

⁸ Als erstes maß das Laboratoire d’écologie marine in Monaco am 30. April 1986 einen Anstieg der Radioaktivität an der Côte d’Azur. Der SCPRI bestätigte am Abend die Meldung, ohne Werte bekannt zu geben.

⁹ Besonders prononciert findet sich die Kritik in den Äußerungen der kernenergiekritischen Mitglieder der GSIEN und der CRII-Rad. So veröffentlichten bereits am 1. Mai 1986 Bella Belbéoch, Ingenieurin am Kernforschungszentrum in Saclay, und Roger Belbéoch, Physiker am CNRS, einen Aufsatz, in dem sie den offiziellen Experten vorwarfen, die Auswirkungen des Unfalls zu

Plan Messmer in den Vorjahren massiv den Ausbau der Kerntechnik vorangetrieben. 1986 besaß das Land 34 Reaktoren und gehörte, gemessen an der insgesamt aus Kernkraft erzeugten elektrischen Energie, zu den größten Kernenergienationen. Die Kernkraft sollte die Abhängigkeit vom Erdöl reduzieren, aber auch der militärischen Nutzung dienen und so die Autonomie und das Prestige Frankreichs sichern.¹⁰ Regierung und Kernenergiewirtschaft betonten denn auch nach dem Unfall von Tschernobyl immer wieder die Unterschiedlichkeit der sowjetischen und französischen Anlagen und die deutlich höheren Sicherheitsstandards der eigenen Reaktoren.

Anders als in der Bundesrepublik, wo eine kontroverse Diskussion zwischen den politischen Parteien um die zulässigen Strahlengrenzwerte losbrach und die Bundesländer schließlich eigene Werte festlegten, äußerten sich in Frankreich Vertreter der Politik nur selten öffentlich. Die Informationsaufgabe wurde in erster Linie von Experten der Nuklearindustrie übernommen. Der von Pierre Pellerin geleitete Service central de protection contre les rayonnements ionisants, der dem Gesundheitsministerium unterstellt war, stand an der Spitze der Informationspolitik. Ihm oblag die Erfassung und Interpretation der Messwerte, die über das landesweite Netz an Messstationen erhoben wurden. Er legte fest, ob und welche Maßnahmen zu ergreifen sind und kam zu dem Schluss, dass keinerlei Schritte zu unternehmen seien. Der Direktor des der Atomkommission (Commission d'Énergie Atomique, CEA) unterstellten Institut de Protection et de Sûreté Nucléaire (IPSN, Institut für

verharmlosen, um die zivile wie militärische Nutzung der Kernenergie weiter verfolgen zu können. Die beiden Mitglieder der GSIEN zielten dabei nicht nur auf die französischen Verantwortlichen, sondern sprachen gar von einem „internationalen Komplott“: „Il faut s'attendre dans les jours qui viennent à un complot international des experts officiels pour minimiser au maximum l'évaluation des victimes que causera cette catastrophe. La poursuite des programmes civils et militaires impose à l'ensemble des États une complicité tacite qui dépasse les conflits idéologiques ou économiques. Les organismes internationaux de la Santé, en principe indépendants des États mais strictement contrôlés par les grandes puissances, pourront servir d'organes de liaison entre celles-ci tout en maintenant une apparence d'objectivité et de neutralité.“ Belbéoch, Bella, „On nous cache tout, on nous dit rien“, in: *Écologie* 371 (1986), S. 11/12, hier S. 11; vgl. auch dies., *Tschernobyl, une catastrophe. Quelques éléments pour un bilan*, Paris 1993, S. 17. Das Zitat eröffnet auch die Argumentation der Leiterin der CRII-Rad zur „Tschernobyl-Lüge“ der französischen Stellen, vgl. Castanier, Corinne, *Les preuves du mensonge. Contamination des sols français par les retombées de l'accident de Tschernobyl*, 2. akt. Aufl. Juli 2005,

URL: <<http://www.criirad.org/actualites/tchernobylfrancbelarus/tchernobylmisajourjuil05/atlas7a27.pdf>> (03.03.2014), wobei es sich um die aktualisierte Version eines Beitrages aus CRII-Rad/Paris, André (Hg.), „Contaminations radioactives. Atlas France et Europe, Barret-sur-Méouge 2002“, S. 7–52, handelt; vgl. auch die thematischen Ausgaben der von der GSIEN herausgegebenen *Gazette Nucléaire*, insbesondere GN 7/8 (1986), GN 88/89 (1988) sowie Crié, Hélène; Rivasi, Michèle, *Ce nucléaire qu'on nous cache*, Paris 1998. Die ‚Wolke‘, die an der Grenze haltmache, ist auch Thema weiterer Veröffentlichungen. Große Bekanntheit erlangten die Bücher von Jean-Michel Jacquemin, obgleich sie kaum wissenschaftlich fundiert sind, insbesondere: *Ce fameux nuage... Tschernobyl, la France contaminée*, Paris 1998. Hingegen werden die Verantwortlichen des französischen Nuklearsystems entlastet in: Lecerf, Yves; Parker, Édouard, *L'affaire Tschernobyl. La guerre des rumeurs*, Paris 1987; Lerouge, Bernard, *Tschernobyl, un „nuage“ passe... Les faits et les controverses*, Paris 2008. Vielmehr schreiben sie den Journalisten die Schuld an dem „Mythos der Tschernobyl-Lüge“ zu. Zur Medienberichterstattung über ‚Tschernobyl‘ in Frankreich vgl. auch Strazzulla, Jérôme; Zerbib, Jean-Claude, *Tschernobyl – Les médias et l'événement*, Paris 1991 (La Documentation française).

¹⁰ Vgl. dazu Hecht, Gabrielle, *Le rayonnement de la France. Energie nucléaire et identité sociale après la seconde guerre mondiale*, Paris 2004 [engl. Originalausgabe Cambridge 1988].

Strahlenschutz und nukleare Sicherheit), François Cogné, sah ebenfalls keinen Grund zur Beunruhigung¹¹ und warnte bereits am Abend des 29. April 1986 auf TF1 vor einer möglichen „Psychose“.¹² Auch Cognés Vorgänger und mittlerweile Generalinspektor für Nuklearsicherheit beim staatlichen Kernkraftwerksbetreiber und Energieversorger Électricité de France (EDF), Pierre Tanguy, gab schon am Mittag des 30. Aprils 1986 in den Nachrichten von Antenne 2 an, dass die Meteorologen den Verlauf der ‚Wolke‘ eher prognostizieren könnten als die Kernkraftexperten, aber in jedem Falle diese keine Gefährdung darstelle.¹³ Alle drei waren wichtige Ansprechpartner für die Journalistinnen und Journalisten und wurden nicht nur oft in den Zeitungen zitiert. Cogné und Tanguy waren häufig selbst Gast in den Fernsehnachrichten und Gesprächsrunden. Auch die Politik berief sich stets auf die Aussagen der Kernkraftexperten, allen voran Pellerins, um zu begründen, warum Frankreich anfangs keinerlei Schutzmaßnahmen ergriff oder Empfehlungen herausgab.¹⁴ Erst am 9. Mai 1986 wurde auch hier der Import osteuropäischer Waren eingeschränkt und am 13. Mai 1986 der Verkauf von elsässischem Spinat verboten. Weitere Maßnahmen wurden nicht erlassen.

War die Berichterstattung in den ersten Tagen noch den Einschätzungen der Kernkraftexperten gefolgt, dass der Reaktorunfall ein rein sowjetisches Problem sei und der radioaktive Fallout keine gesundheitlichen Folgen in Frankreich nach sich ziehen werde, wandelten sich die Medien Mitte Mai 1986 zum Forum der Kritik an der Passivität der Regierung angesichts der in den Nachbarländern erlassenen Importstopps und Verkaufsverbote. Die nun einsetzende Debatte um ‚Tschernobyl‘, ihre Inhalte, ihr Verlauf und Erregungspotential, können nur hinreichend erklärt werden, wenn die Medienberichterstattung, besonders das Fernsehen, in die historische Analyse mit einbezogen werden. Schließlich war ‚Tschernobyl‘ in den westeuropäischen Ländern schon durch die Tatsache, dass die Bevölkerung hier nicht den Unfall selbst erlebte, sondern ihre Informationen vorrangig aus Presse, Radio und Fernsehen bezog, im Wesentlichen ein durch die Medien vermitteltes Ereignis. Fernsehbilder und Magazintitel prägten die Wahrnehmung des Unfalls. Auch bestimmte die Berichterstattung durch die Themensetzung und die Auswahl der zitierten Positionen den Diskursverlauf. Der vorliegende Beitrag will den Erkenntniswert einer Debattenanalyse durch die Einbeziehung medialer Quellen aufzeigen.

In der historischen Forschung ist ein solcher Ansatz, besonders in einer europäischen Dimension, nach wie vor selten¹⁵ – ein Umstand, der wesentlich auf den

¹¹ Vgl. Antenne 2 Midi, Antenne 2, 29.04.1986, 12.00–13.00 Uhr.

¹² Vgl. François Cogné im Interview mit Michel Chevalet, Journal de la nuit, TF1, 29.04.1986, 23.30–00.00 Uhr.

¹³ Vgl. Pierre Tanguy im Interview mit Noël Mamère, Antenne 2 Midi, Antenne 2, 30.04.1986, 12.00–13.00 Uhr.

¹⁴ So lautete es in der Pressemitteilung der Gesundheitsministerin Michèle Barzach: „La Santé Publique n’est aucunement menacée par les conséquences de l’accident. Les activités courantes peuvent donc être poursuivies sans précautions particulières [...]. Aucune précaution particulière ne s’impose donc, mais les règles ordinaires d’hygiène s’appliquent normalement.“ Pressemitteilung der Ministerin für Gesundheit und Familie vom 16.05.1986; vgl. auch „Désinformation nucléaire“, Le Monde, 13.05.1986.

¹⁵ Eine europäisch vergleichende Debattenanalyse zu ‚Tschernobyl‘, mit besonderem Augenmerk auf die Rolle der Medien, ist Gegenstand meiner Dissertation, die gegenwärtig an der Humboldt-Universität zu Berlin sowie am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) entsteht. Hier vergleiche ich die Diskussionen in Frankreich und der Bundesrepublik in den Jahren 1986–1991/92

schwierigen Zugang audiovisuellen Quellenmaterials zurückzuführen ist. Es mag aber auch an der Eigenart audiovisueller Quellen liegen, die sich vom traditionell schriftlichen Korpus des Historikers unterscheiden, und an deren Analyse er sich mangels methodischer Fertigkeiten nur zögerlich heranwagt. Wichtige Anregungen erhält die Geschichtswissenschaft dafür aus der Medienwissenschaft, auf die sich auch der vorliegende Beitrag bezieht. Als Grundlage für die Beschäftigung mit TV-Sendungen werden die Einführungswerke zur Fernsehanalyse von Knut Hickethier¹⁶, Werner Faulstich¹⁷ und Lothar Mikos¹⁸ herangezogen, die die Medientheorien und verschiedenen methodischen Ansätze behandeln. Sie eint der Ansatz, dass gesellschaftliche Kommunikation im 20. Jahrhundert maßgeblich durch die Medien bestimmt sei¹⁹, was sie für die historische Betrachtung interessant macht. Wenngleich das anleitungsgetreue Befolgen der medienwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Fernsehsendungen in ihrer systematischen Auflistung von Sequenzen, Zeiten und Schnitten hier zu formal erscheinen mag, lohnt doch die Beschäftigung mit den Strukturmerkmalen der Sendung. Sie schärft den Blick auf das Medium an sich, seine Logik und Funktionen, die elementar für das Verständnis der Quelle sind. Beim Fernsehen ist das, was gesagt und gezeigt wird, genauso wichtig wie die Art und Weise, wie es präsentiert wird. TV-Nachrichten lassen den Zuschauer durch Live-Bilder vermeintlich teilhaben am Ereignis und vermitteln den Eindruck der Augenzeugenschaft. Authentizität und Objektivität sind indes nur scheinbar gegeben, denn schon die Auswahl und Gewichtung der Themen ist eine Interpretation der Wirklichkeit. Zum Zeitpunkt des Reaktorunfalls haben Fernsehnachrichten in Frankreich längst Zeitungen als wichtigste Informationsquelle abgelöst. Besonders die Abendnachrichten des Senders Antenne 2 erreichten ein großes Publikum.

In der Ausgabe der 20 Uhr-Nachrichten vom 30. April 1986 war der Reaktorunfall von Tschernobyl das Hauptthema. Dabei stand die Redaktion vor dem Problem, dass die Sowjetunion keine konkreten Informationen lieferte, wie der Sprecher Bernard Rapp einleitend betonte. Hinweise zum möglichen Unfallhergang stammten nur von US-amerikanischen Stellen und schwer überprüfbar Quellen wie Funksprüchen aus der Ukraine. Die gelieferten Angaben zum Unfall waren daher mehrheitlich Hypothesen. Auch die Bilder fehlten.²⁰ Reportern wurde die Reise an den Unfallort verwehrt. Heute übliche Direktübertragungen waren aus politischen sowie technischen Gründen nicht möglich. Damit

miteinander; für weitere Informationen siehe die Mitarbeiterseiten des ZZf, URL: <http://www.zzf-pdm.de/site/mid__3400/ModeID__0/EhPageID__936/807/default.aspx> (03.03.2014). Karena Kalmbach promoviert derzeit am Europäischen Hochschulinstitut Florenz zu den Debatten rund um den 10. und 20. Jahrestag des Reaktorunfalls in Frankreich, Großbritannien und Italien. Sie untersucht, inwieweit die nationale Nuklearpolitik die Diskussionen über die Auswirkungen ‚Tschernobyls‘ beeinflussten und welche politischen Argumente das Gedenken an den Reaktorunfall prägten.

¹⁶ Hickethier, Knut, Film- und Fernsehanalyse, 5. akt. und erw. Auflage, Stuttgart 2012.

¹⁷ Faulstich, Werner, Grundkurs Fernsehanalyse, Paderborn 2008.

¹⁸ Mikos, Lothar, Film- und Fernsehanalyse, 2., überarb. und erw. Auflage, Konstanz 2008.

¹⁹ Vgl. Hickethier, Knut, Einführung in die Medienwissenschaft, Stuttgart 2003, S. 348.

²⁰ Lediglich eine im sowjetischen Fernsehen veröffentlichte Schwarz-Weiß-Fotografie des Unfallreaktors, aufgenommen vom Werksfotografen Anatolij Rasskasov, liegt vor. Später stellte sich heraus, dass auf dieser Trümmer, herabhängende Kabel und Rauch wegretuschiert wurden, sodass die Zerstörungen weniger gravierend aussahen; vgl. dazu Paul, Gerhard, Tschernobyl. Die Unsichtbarkeit der atomaren Katastrophe, in: ders. (Hg.), Das Jahrhundert der Bilder, Bd. II: 1949 bis heute, Göttingen 2009, S. 526–531, hier S. 527f.

erfüllte ‚Tschernobyl‘ in den ersten Tagen ein wesentliches Kriterium des Mediums Fernsehen nicht: Ihm fehlte die Sichtbarkeit. Ohnehin ist radioaktive Strahlung selbst nicht wahrnehmbar. Um ‚Tschernobyl‘ zu visualisieren, wurde daher auf Stellvertreterbilder, häufig Archivaufnahmen aus einem Kernkraftwerk, schematische Simulationen des Unfallhergangs und Modelle sowie Karten zur Abbildung des Verlaufs der radioaktiven ‚Wolke‘, zurückgegriffen. Im behandelten Nachrichtenbeitrag werden der Unfallhergang und seine Auswirkungen eingangs anhand einer Reihe von Aufnahmen erläutert, die der US-amerikanische Zivilsatellit LANDSAT-5 einen Tag zuvor gemacht hatte. Eine Infrarotaufnahme der Rauchwolke über dem Reaktor wird als Beweis angeführt, dass sich in dem Kraftwerk ein Unfall ereignet haben muss. Eine weitere Aufnahme, auf der zwei rote Kästchen die austretende Hitze markieren, soll zudem belegen, dass die Kernschmelze auch in einem zweiten Reaktor eingetreten sei – eine Vermutung, die sich später als falsch erwies. Der mögliche Unfallverlauf wird schließlich anhand eines animierten Schemas und eines Kernkraftwerk-Modells erläutert.

Die Auswirkungen des Reaktorunfalls auf Frankreich und die Sicherheit französischer Kernkraftwerke sind Gegenstand der anschließenden Beiträge der Sendung. Zur thematischen Einbettung und Kompensation des Mangels an Live-Bildern wird direkt in die zentralfranzösische Kommune Saint-Laurent-des-Eaux geschaltet, wo der Reporter Claude Sérillon vor das dortige Kernkraftwerk in Position gebracht wurde. Der 1969 in Betrieb genommene Meiler war einer von zu diesem Zeitpunkt insgesamt sechzehn in Frankreich stehenden UNGG-Reaktoren. Die Abkürzung steht für die in Frankreich in den 1950er- und 1960er-Jahren entwickelte Baureihe der Uranium Naturel Graphite Gaz-Reaktoren, die Brennelemente aus Natururan besaßen und mit Grafit moderiert sowie mit Kohlenstoffdioxid gekühlt wurden.²¹ Damit wird sinnfällig die Verbindung zwischen dem Unfall in der Ukraine und Frankreich hergestellt. Der nächste Beitrag – die bereits erläuterte Verlaufsprognose der radioaktiven ‚Wolke‘ – ist sogleich der Frage gewidmet, ob auch die französische Bevölkerung vom Fallout betroffen sei. Am Beispiel der Wettervorhersage zeigt sich am deutlichsten, dass die notwendige Bebilderung der Fernsehnachrichten nicht bloße Illustration ist, sondern maßgeblich Einfluss auf die Aussage hat. Fernsehbilder, in Begleitung des Kommentars, sind nicht Abbild einer vermeintlichen Realität, sondern sie sind selbst an der Sinnkonstruktion beteiligt. Im vorliegenden Fall verdichtet das ‚Stop‘-Schild auf der Europakarte sinnbildlich die Wendung von der ‚Wolke‘, die an der französischen Grenze haltgemacht hätte. Frankreich ist nicht betroffen, so die Aussage, die durch die darauffolgenden Beiträge noch untermauert wird. Aufnahmen aus den Laboratorien des SCPRI zeigen kontinuierliche Kontrollen von Lebensmitteln auf Radioaktivität, der Geschäftsführer Jean Chanteur schließt jegliche gesundheitliche Gefährdung aus. Im Kommandoraum des Kernkraftwerks Saint-Laurent erläutern Mitarbeiter die Arbeitsabläufe und Sicherheitsvorkehrungen. In regelmäßig durchgeführten Notfallübungen werde das Personal auf den Ernstfall vorbereitet, so der Kommentar Sérillons. Ein mit dem im Kernkraftwerk Tschernobyl vergleichbarer Unfall könne sich laut dem Werksdirektor aber in Frankreich aufgrund der unterschiedlichen Bauweise der Reaktoren ohnehin nicht ereignen. O-Töne von auf der Straße Befragten bestätigen denn auch, dass sich die Anwohner sicher und gut unterrichtet fühlen. Am Ende dankt der Reporter Électricité de France für den Empfang und lobt, dass das Unternehmen die Öffentlichkeit umfassend informiert. Alles unter Kontrolle, kein Grund zur Beunruhigung – so der Tenor der Berichterstattung.

²¹ Sie sind mittlerweile nicht mehr in Betrieb.

Dass die grenzüberschreitenden Folgen ‚Tschernobyls‘ in Form der radioaktiven ‚Wolke‘ in der Bundesrepublik und Italien zu einer Reihe von Schutzmaßnahmen und Empfehlungen führten, aber Frankreich nicht einmal gestreift haben sollte, wurde jedoch bald in Zweifel gezogen. Den Wendepunkt der Debatte bildete ein Fernsehauftritt Pierre Pellerins in der Mittagsausgabe der Nachrichten von TF1 am 10. Mai 1986. Im Studio traf der Direktor des SCPRI auf Monique Sené, Physikerin am nationalen Forschungsinstitut CNRS und Vorsitzende der Groupement des scientifiques pour l’information sur l’énergie nucléaire (GSIEN), einer 1975 gegründeten Vereinigung kernenergiekritischer Wissenschaftler. Sené sah im Gegensatz zu Pellerin die in der Bundesrepublik erlassenen Schutzmaßnahmen als angemessen an. Schon in den Tagen zuvor hatte sie die Kommunikationspolitik des SCPRI kritisiert und warf ihm auch hier vor, die Bevölkerung nicht ausreichend zu informieren. Alle Informationen seien über den SCPRI gegangen und niemand sonst hätte sich dazu äußern können.²² Um den Vorwurf zu entkräften, der SCPRI habe die Öffentlichkeit nur mangelhaft aufgeklärt, erläuterte Pellerin anhand von Karten die radioaktive Belastung Frankreichs zwischen dem 28. April und 6. Mai 1986 und nannte erstmals auch genaue Werte. Dabei wurde ersichtlich, dass die Radioaktivität in der Luft zwischenzeitlich um das 400-fache höher lag als vor dem Reaktorunfall. Während der SCPRI-Direktor darauf nicht weiter einging, da er bestätigt sah, dass keine Vorsorgemaßnahmen erforderlich waren, interpretierte der Moderator der Sendung Jean-Claude Bourret die Aussage als Entdeckung. In den folgenden Tagen griff eine Reihe von Medien die vermeintliche Neuigkeit auf, dass die radioaktive ‚Wolke‘ sehr wohl über das französische Territorium hinweg gezogen sei.²³ Tatsächlich hatte der SCPRI schon in der Nacht zum 1. Mai 1986 in einer Pressemitteilung auf den leichten Anstieg der Radioaktivität hingewiesen, jedoch wie auch die Tage davor keine genauen Werte genannt, sondern stets nur qualitative Aussagen getroffen, dass keinerlei Gefahr bestünde.²⁴

Wurde anfangs auch in der französischen Presse und im Fernsehen die bundesdeutsche Diskussion als hysterisch bezeichnet und die dort ergriffenen Schutzmaßnahmen als übertrieben abgetan, rückte ab dem 11. Mai 1986 die mögliche Gefährdung der französischen Bevölkerung durch ausbleibende Schutzvorkehrungen in den Mittelpunkt. Die Medien bildeten nun ein wichtiges Forum der Kritik am Krisenmanagement, indem sie jetzt auch kernenergiekritische Stimmen zu Wort kommen ließen und überdies selbst die Informationspolitik der offiziellen Stellen angriffen. Die linksliberale Tageszeitung *Libération* titelte am 12. Mai 1986 „Le

²² „Il se trouve qu’en France, il est regrettable de le dire, il y a eu un véritable blocage de l’information. [...] et je regrette de constater que personnellement cette fois-ci, je n’ai pas pu avoir l’information que j’ai d’habitude, parce que toutes les informations sont passées spécialement par vous et chaque informateur ne pouvait plus parler. Ce qui est encore pire que d’habitude. Là, il y a vraiment un problème. Il y a un problème grave.“ Monique Sené im Gespräch mit Pierre Pellerin, Journal de 13 heures, TF1, 10.05.1986, 13.00–13.40 Uhr.

²³ Vgl. *Libération*, 12.05.1986, Titelseite.

²⁴ „Tendance pour l’ensemble des stations du territoire à un alignement de la radioactivité atmosphérique sur le niveau relevé le 30 avril dans le sud-est. Il est rappelé que ce niveau est sans aucune incidence sur la santé publique.“ SCPRI-Telex 12480, 01.05.1986. Die Schlussfolgerung der Pressemitteilung vom 02.05.1986 lautet, dass weder zum damaligen Zeitpunkt noch vorher Schutzmaßnahmen nötig gewesen wären: „Ni la situation actuelle, ni son évolution ultérieure ne justifient dans notre pays quelque contre-mesure sanitaire que ce soit.“

mensonge radioactif²⁵, die radioaktive Lüge, denn die staatlichen Einrichtungen hätten gelogen, was die Gefahren für Frankreich anbetraf. *Le Monde* schrieb am 13. Mai 1986 von der „Désinformation nucléaire“, der nuklearen Desinformation.²⁶ Presse und Fernsehen präsentierten sich nun als Aufklärer, die die „Wahrheit“ ans Licht bringen würden.²⁷ In der Folge entwickelte sich die französische Debatte zu einer innenpolitischen Kontroverse, die die Glaubwürdigkeit und Transparenz der offiziellen Informationsquellen zum Gegenstand hatte. Hauptkritikpunkte waren, dass zum einen die Messwerte ausschließlich von staatlichen Einrichtungen erhoben wurden – in der Bundesrepublik hingegen nahmen auch vom Staat unabhängige Institute und Vereine Messungen vor – und zum anderen diese nicht rechtzeitig und ausführlich genug publik gemacht wurden. „Le nuage qui s’est arrêté à la frontière“ avancierte zur halb zornig, halb sarkastischen Formel, um die Beschwichtigungen durch die französischen Behörden, allen voran des SCPRI-Direktors Pierre Pellerin, zu umschreiben. Zwar hatte dieser den ihm bald zugeschriebenen Satz nie gesagt. Gegen mehrere Medien und Personen, die dies behauptet hatten, ging Pellerin sogar gerichtlich vor und bekam recht. Doch die Überzeugung, von den offiziellen Stellen bevormundet oder gar belogen worden zu sein, verbreitete sich ab Mitte Mai 1986 schnell in weiten Teilen der französischen Bevölkerung. Auch Michèle Rivasi, damals Biologieprofessorin in Valence im Südosten des Landes, glaubte den offiziellen Einschätzungen nicht und gründete daher am 15. Mai 1986 die Commission de Recherche et d’Information Indépendantes sur la Radioactivité (CRII-Rad), eine Einrichtung, die selbstständig Messungen vornahm – und zu Ergebnissen kam, die deutlich von denen des SCPRI abwichen. Während der SCPRI die Radioaktivität in der Luft maß und Durchschnittswerte für das gesamte französische Territorium veröffentlichte, berücksichtigten die Messungen der CRII-Rad die in einigen Regionen durch Niederschläge erhöhte radioaktive Belastung der Böden. Demnach waren besonders Korsika und der Osten Frankreichs einer durchaus gesundheitlich relevanten Menge an Jod-131 und Cäsium-137 ausgesetzt. Auf Basis dieser Messwerte prangerte Rivasi die in ihren Augen gezielte Verschleierung und Verharmlosung der Strahlenbelastung durch die offiziellen Stellen an.²⁸ Dieser Kritik schlossen sich eine Reihe von Medien, vornehmlich linksliberal ausgerichtete Zeitungen wie *Libération* und *Le Nouvel Observateur*, an.

Aufgrund des medialen Interesses an der „Tschernobyl-Lüge“ sah sich nun auch die Politik gezwungen, sich öffentlich zum Krisenmanagement zu äußern. Der Umweltminister Alain Carignon kündigte – nachdem er den Medien die Verantwortung für die Nichtverbreitung der gemessenen Werte zugeschrieben hatte – am 11. Mai 1986 in den Mittagsnachrichten von Antenne 2 an, eine interministerielle Koordinationsstelle zu schaffen.²⁹ Sie sollte bei künftigen Störfällen die Informationen zentral zusammenführen. Fünf Tage später gab der Minister für Industrie, Alain Madelin, in den Mittagsnachrichten auf Antenne 2 die Einrichtung einer Informationshotline bekannt. Unter

²⁵ *Libération*, 12.05.1986, Titelseite.

²⁶ *Le Monde*, 13.05.1986, Titelseite.

²⁷ Vgl. „Contamination nucléaire en France. La vérité“, *Le Parisien*, 12.05.1986, Titelseite.

²⁸ Vgl. *Journal de 13 heures*, TF1, 25.04.1987, 13.00–13.40 Uhr. Zur Strahlenbelastung und dem Vorwurf der „Tschernobyl-Lüge“ vgl. Castanier, Corinne (CRII-Rad), *Les preuves du mensonge*.

²⁹ Gesundheits-, Umwelt- und das Landwirtschaftsministerium sowie Vertreter verschiedener Einrichtungen, darunter CEA, EDF und SCPRI, sollten darin vertreten sein; vgl. Alain Carignon im Interview, *Antenne 2 Midi*, Antenne 2, 11.05.1986, 12.00–13.00 Uhr.

einer kostenlosen Rufnummer könnten besorgte Bürger ihre Fragen stellen. Man erhielt „alle Auskünfte, die man haben möchte, von den besten französischen Spezialisten. Alle Werte, wir haben nichts zu verbergen, wir legen die Karten auf den Tisch, versprochen ist versprochen, wir sind bereit, den Franzosen alle Informationen zu geben.“³⁰ Doch das Vertrauen der Bevölkerung in die offiziellen Stellen war bereits erschüttert, wie auch die Schlagzeilen der französischen Zeitungen offenbarten. „Nuklearkatastrophe. Was die Experten Ihnen verschweigen“³¹, titelte die Wochenzeitung *Le Nouvel Observateur* am 9. Mai 1986. *Le Parisien* schrieb vom „Gesetz des Schweigens“ („France: La loi du silence“³²), das auch andere Medien den zuständigen Stellen attestierten.³³

Das Augenmerk der Kritiker und der Medienberichterstattung richtete sich bald auch auf die Organisation des französischen Nuklearsektors an sich. Sie prangerten die Abgeschlossenheit und Intransparenz des Systems an, in dem sowohl der Bau und Betrieb der Kernanlagen als auch deren Kontrolle lediglich staatlichen, personell eng verflochtenen Organen oblagen, nämlich der Atomenergiebehörde CEA und des von ihm gegründeten Strahlenschutzinstituts IPSN sowie dem Kernkraftwerksbetreiber EDF und der Gesamtaufsicht für Strahlenschutz SCPRI.³⁴ Die Dominanz einer kleinen Elite, die an der Spitze der Einrichtungen stand, bezeichneten sie in Anlehnung an den Begriff der „Technokratie“ als „Nukleokratie“.³⁵ Diese setzte sich sozial homogen aus Absolventen der Elitehochschule *École Polytechnique* zusammen, die später als Mitglieder des *Corps des Mines* als hohe Beamte in Verwaltung und Wirtschaft Karriere gemacht hatten und die wissenschaftliche Expertise im Nuklearsektor stellten. Der Vorwurf lautete, dass die Neutralität der Experten nicht gegeben sei, da die sich gegenseitig kontrollierenden Organisationen voneinander abhingen und ein reelles Gegengewicht nicht existiere. Zweifel an der Kerntechnik würden nicht zugelassen, Entscheidungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit getroffen, jegliche Einflussnahme von außen abgewehrt und Informationen gezielt zurückgehalten. Die „culture du secret“, die Geheimniskultur, prägte nach

³⁰ „Tous les renseignements que vous voulez de la part des meilleurs spécialistes français. Toutes les données, nous n’avons rien à cacher, nous mettons cartes sur table, chose promise, chose due, nous jouons le jeu de l’information avec les français.“ Alain Madelin im Interview mit Noël Mamère, Antenne 2 Midi, Antenne 2, 16.05.1986, 12:00–13.00 Uhr.

³¹ „Catastrophe nucléaire. Ce que les experts vous cachent“, *Le Nouvel Observateur*, 09.–15.05.1986, Titelseite.

³² *Le Parisien*, 10.05.1986, S. 2.

³³ „Il semble bien pourtant qu’aucun responsable au plus niveau de l’État n’ai donné la moindre consigne de censure. On s’est simplement tué par reflex. Une sorte de loi de silence, traditionnelle en France pour tout ce qui touche au nucléaire, sujet tabou entre tous. On a eu peur de susciter la peur, de réveiller les vieux daemons irrationnels opposés à tout progrès technologique.“ Kommentar von Marcel Trillat, *Journal de 20 heures*, Antenne 2, 12.05.1986, 20.00–20.30 Uhr.

³⁴ Vgl. dazu Kalmbach, Karna, Tschernobyl und Frankreich. Die Debatte um die Auswirkungen des Reaktorunfalls im Kontext der französischen Atompolitik und Elitenkultur, (Magisterarbeit FU Berlin 2009) Frankfurt am Main 2011 (*Zivilisationen und Geschichte*, Bd. 7); dies., *Die Wolke*, die an der Grenze haltmachte. Zur Wahrnehmung der Auswirkungen von Tschernobyl in Frankreich, in: *Internationales Bildungs- und Begegnungswerk Dortmund/Junge-Wentrup*, Peter (Hg.), *Tschernobyl und die europäische Solidaritätsbewegung*, Norderstedt 2011, S. 74–88.

³⁵ „Les écologistes ont souvent reprochés à ces organismes d’être tous peuplés de gens ‚du même monde‘, des polytechniciens qui se connaissent bien, qu’ils ont surnommés les ‚nucléocrates‘.“ O’Dy, Sylvie, „Les zones critiques“, *L’Express*, 16.–22.05.1986, S. 25.

wie vor die französische Nuklearindustrie.³⁶ Die in Frankreich ohnehin, im Vergleich zur Bundesrepublik, deutlich ausgeprägtere Kluft zwischen Bürgern und politischen bzw. Verwaltungseliten offenbarte sich damit auch in der ‚Tschernobyl‘-Debatte.³⁷

Atompolitik war Sache des Zentralstaates, die nur über die etablierten Institutionen gestaltet werden konnte. Doch die politische Elite verfolgte parteiübergreifend das ambitionierte Nuklearprogramm, das Unabhängigkeit vom Öl, wirtschaftliches Wachstum sowie eine Vorreiterrolle Frankreichs im technischen Fortschritt garantieren sollte. Zur Atompolitik de Gaulles bildete sich im linken Lager nur eine klare Opposition gegen die militärische Nutzung. Sowohl die kommunistische als auch die sozialistische Partei unterstützten seit den 1950er-Jahren teilweise euphorisch das Projekt der zivilen Kernenergienutzung, die die Unabhängigkeit vom Ausland bringen und den technologischen Rückstand Frankreichs reduzieren sollte. Die großen Gewerkschaften CGT (Confédération générale du travail), Force ouvrière und CFTC/CFDT (Confédération française des travailleurs chrétiens/Confédération française démocratique du travail) verbanden mit dem technischen Fortschritt, für den die Kerntechnik schlechthin stand, die Hoffnung auf einen sozialen Wandel hin zu einer Verbesserung der Lebensverhältnisse der Arbeiter und konkret auf Arbeitsplätze.³⁸ Zwar wurde in den 1970er-Jahren auch Kritik am massiven Ausbau der Kernenergie laut. Insbesondere die CFDT forderte eine Verbesserung der Sicherheitsstandards, eine Lösung des Problems der Lagerung radioaktiven Abfalls, einen verstärkten Strahlenschutz der in den Anlagen beschäftigten Arbeiter und der Anwohner sowie mehr Transparenz und Beteiligung in den Entscheidungsprozessen. Doch der Ausstieg aus der Kerntechnik war nicht das Ziel, sondern vielmehr eine Energiepolitik, die nicht nur auf die Kernkraft, sondern auch auf andere Energieträger setzte.³⁹ Darüber hinaus meldeten die Einwohner der Kommunen, in denen die Kernkraftwerke errichtet wurden, zumindest Bedenken gegen die Bauvorhaben an, auch demonstrierten die Kernenergiegegner. Allerdings gelang es CEA und EDF zum einen, die lokalen und regionalen Verwaltungsbeamten für ihre Ziele zu gewinnen, indem sie diese in die Planungen zum Kraftwerksbau einbezogen und eine wirtschaftliche Belebung sowie die Aufwertung der Region in Aussicht stellten. Die Bürgermeister und Präfekten konnten ihrer Wählerschaft die mit dem Anlagenbau einhergehenden hohen Investitionen in die lokale Infrastruktur und die Schaffung von Arbeitsplätzen als überzeugende Argumente präsentieren.⁴⁰ Zum anderen scheiterte der durchaus nennenswerte Widerstand der französischen Anti-AKW-Bewegung der 1970er-Jahre, der anfangs der bundesdeutschen Bewegung sogar als Vorbild diente, an der zentralistischen

³⁶ Vgl. Georges Waysand, Physiker am CNRS, im Interview, Journal de 20 heures, Antenne 2, 11.05.1986, 20.00–20.30 Uhr; Camé, François, „Pierre Pellerin. Le templier du nucléaire“, Libération, 12.05.1986, S. 8; Chiquelin, Jacques, „Le clan de l’atome français“, Libération, 13.05.1986; Gaviglioli, François, „Le syndrome Pellerin“, Le Nouvel Observateur, 16.–22.05.1986, S. 37/38; Guihannec, Yves, „Nucléaire: Les silences de la France“, L’Express, 16.–22.05.1986, S. 19–22. Die Gründe für die ‚Tschernobyl‘-Lüge sieht auch der Historiker Raymond Micoulaut im französischen Elitensystem: ders., Tchernobyl. L’histoire d’une désinformation, Paris 2006.

³⁷ Vgl. dazu Schild, Joachim; Uterwedde, Henrik, Frankreich: Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, 2. akt. Aufl., Wiesbaden 2006, S. 22ff.

³⁸ Vgl. dazu Hecht, Rayonnement de la France, S. 105ff.

³⁹ Vgl. Syndicat CFDT de l’énergie atomique, L’électronucléaire en France, Paris 1975; dies., Le dossier électronucléaire, Paris 1980.

⁴⁰ Vgl. Hecht, Rayonnement de la France, S. 179ff.

Organisation des Kernenergiesektors. Sie verhinderte, dass die Kernenergiegegner sich überhaupt politisch artikulieren oder gar auf institutioneller Ebene durchsetzen konnten.⁴¹ Das bipolare französische Parteiensystem und das Mehrheitswahlrecht blockierten außerdem den Aufstieg neuer politischer Kräfte wie die Partei der Grünen in der Bundesrepublik.⁴² Der breite nuklearpolitische Konsens wurde auch durch die Proteste der Kernenergiegegner in den 1970er-Jahren nicht herausgefordert. Zum Zeitpunkt des Reaktorunfalls in Tschernobyl war die Kritik bereits weitgehend verstummt, die französische Bevölkerung hatte sich mit den Reaktoren arrangiert und die billige Energie zu schätzen gelernt. Die Kerntechnik an sich war nach ‚Tschernobyl‘ nicht Thema der breiten Diskussion, die Kritiker konzentrierten sich auf die Informationspolitik und die Abgeschlossenheit des Nuklearsektors. Außerhalb der nunmehr kleinen Gruppe der Kernenergiegegner wurde die Sicherheit der eigenen Anlagen nicht infrage gestellt. Somit war ‚Tschernobyl‘ in Frankreich kein Wendepunkt in der Einstellung zur Kernenergie. Auch nach dem Unfall stellten die Anhänger der Kerntechnik die Mehrheit.⁴³

Damit stand die französische ‚Tschernobyl‘-Debatte im deutlichen Gegensatz zu den Diskussionen ihrer Nachbarländer. In der Bundesrepublik führte das tatsächliche Eintreten des vermeintlich unmöglichen ‚Größten Anzunehmenden Unfalls‘ (GAU) zu einer Remobilisierung der Anti-AKW-Bewegung und zur Gründung neuer kernenergiekritischer Initiativen wie die Mütter gegen Atomkraft. Über die Gruppe der Kernenergiegegner hinaus fühlten sich weite Teile der Bevölkerung von den Auswirkungen des Reaktorunfalls betroffen. Neben den Grünen sprachen sich nun auch die SPD und einige Gewerkschaften gegen die Kernenergie aus, der Ausstieg wurde zur mehrheitsfähigen Option.⁴⁴ Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl gab in der Bundesrepublik dann auch den finalen Anstoß, das neue Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit am 6. Juni 1986 zu gründen. Auch in Italien, das Anfang Mai 1986 die europaweit strengsten Schutzmaßnahmen in Form von Verzehrverboten für Kinder und Schwangere erließ, gab der Reaktorunfall der Anti-AKW-Bewegung deutlich Auftrieb. Im November 1987 sprach sich die Mehrheit der Bevölkerung per Referendum

⁴¹ Joachim Radkau sieht im Zentralismus den entscheidenden Grund für die letztlich Erfolglosigkeit der französischen Kernenergiegegner, vgl. ders., *Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte*, Bonn 2011 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 1090), S. 215.

⁴² Vgl. dazu die Arbeiten von Sabine von Oppeln, die einen vermeintlichen Unterschied in der Mentalität als Erklärung für das divergierende Verhältnis zur Kerntechnik in Frankreich und der Bundesrepublik zurückweist und stattdessen auf die unterschiedlichen Artikulations- und Durchsetzungsmöglichkeiten der Kritiker verweist: dies., *Die Linke im Kernenergiekonflikt. Deutschland und Frankreich im Vergleich*, Frankfurt am Main 1989 (Deutsch-französische Studien zur Industriegesellschaft, 9); konzise: dies., „Gefährlicher Atomnachbar Frankreich?“, in: Elsenhans, Hartmut (Hg.), *Frankreich, Europa, Weltpolitik. Festschrift für Gilbert Zieburg zum 65. Geburtstag*, Opladen 1989, S. 125–137.

⁴³ Topçu zeigt in ihrer Dissertation, dass die Strategie der Geheimhaltung in der Informationspolitik nach ‚Tschernobyl‘ dazu führte, dass die Kritik sich vorrangig auf Fragen der Information und Transparenz fokussierte. Dies - so ihre These - verhinderte, dass die Kernenergie an sich infrage gestellt wurde und sicherte damit die Zukunft des französischen Atomprogramms. Vgl. auch zum Erfolg der „Nuklearisierung“ Frankreichs entgegen der in den 1970er Jahren noch starken Widerstände: Topçu, Sezin, *La France nucléaire. L'art de gouverner une technologie contestée*, Paris 2013.

⁴⁴ Vgl. Radkau, Joachim; Hahn, Lothar, *Aufstieg und Fall der deutschen Atomwirtschaft*, München 2013, S. 340.

gegen die weitere Nutzung der Kernenergie aus, woraufhin der Ausbau gestoppt und ein Jahr später schließlich der Ausstieg aus der Kerntechnik beschlossen wurden. Die vier bestehenden Anlagen wurden bis 1990 stillgelegt.

Doch nicht nur die langfristigen Schlüsse, die nach ‚Tschernobyl‘ auf energiepolitischer Ebene gezogen wurden, waren von Land zu Land verschieden. Auch die unmittelbaren Reaktionen der westeuropäischen Staaten auf den Reaktorunfall unterschieden sich teils deutlich. Zwar hatten die Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft (EG) 1957 bei der Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) neben der Förderung der Kernenergie auch den Schutz der Bevölkerung vor radioaktiver Strahlung vertraglich vereinbart. Ein einheitliches Vorgehen zur Bewältigung der Auswirkungen ‚Tschernobyls‘ gab es jedoch nicht. Auf einen grenzüberschreitenden Reaktorunfall war die EG nicht vorbereitet. Schon die europaweite Erhebung der Radioaktivitätswerte war problematisch, da nicht ausreichend Messstationen vorhanden waren und nur einige Mitgliedsstaaten ihre Ergebnisse an die Europäische Kommission meldeten. Zudem interpretierten die Experten der jeweiligen nationalen Strahlenschutzorganisation die Auswirkungen radioaktiver Strahlung auf den menschlichen Körper verschieden. Parallel zu den Beschlüssen auf EG-Ebene legten die nationalen Regierungen eigene Strahlengrenzwerte und Schutzmaßnahmen fest. So empfahl die Europäische Kommission am 6. Mai 1986 zwar einen Grenzwert für Jod-131 von 500 Becquerel pro Liter Milch und 350 Becquerel pro Kilogramm Obst und Gemüse. In der Bundesrepublik aber setzten einige Bundesländer wie Hessen weitaus strengere Grenzen für Milch von 20 Becquerel pro Liter fest, während in Frankreich wiederum der von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfohlene deutlich höhere Grenzwert von 2.000 Becquerel pro Kilogramm galt. Hinzu kamen die unterschiedlichen wirtschaftlichen sowie energiepolitischen Interessen der einzelnen Mitgliedsstaaten, die auf Gemeinschaftsebene zusammenzubringen waren. Das am 12. Mai 1986 verhängte zeitweilige Einfuhrverbot für Agrarerzeugnisse aus osteuropäischen Ländern nahm beispielsweise auf Wunsch der Bundesrepublik die DDR aus. Mit der am 30. Mai 1986 erlassenen Verordnung erzielte die Europäische Kommission letztlich einen Kompromiss. Sie hob das Importverbot wieder auf und untersagte stattdessen die Einfuhr von Waren, die den Grenzwert für Cäsium-134 und Cäsium-137 von 370 Becquerel pro Liter Milch und 600 Becquerel pro Kilogramm für alle anderen Lebensmittel überschritten. Frankreich, Großbritannien und Griechenland hatten deutlich höhere Grenzwerte gefordert, während die beratenden Experten niedrigere Werte empfohlen hatten.⁴⁵

Der Reaktorunfall von Tschernobyl zeigte damit die Schwächen des europäischen Krisenmanagements auf und machte die Notwendigkeit deutlich, sich einer solchen gesamteuropäischen Herausforderung gemeinsam zu stellen. In den Folgejahren strebte die EG daher eine schnellere und flächendeckende Sammlung von Messdaten durch die Einrichtung einer zentralen Datenbank an und legte 1996 den Grenzwert für die effektive Dosis radioaktiver Strahlung auf maximal einen Millisievert pro Jahr für die allgemeine Bevölkerung fest. Zudem finanzierte sie Forschungsprojekte zur Klärung der Ursachen und Folgen ‚Tschernobyls‘ und engagierte sich in der Prävention nuklearer Unfälle. Hier kooperierte sie mit den Regierungen der durch den radioaktiven Fallout am stärksten betroffenen Länder Belarus, Ukraine und Russland. Neben den Bemühungen einer supranationalen Zusammenarbeit auf staatlicher Ebene gründeten

⁴⁵ Vgl. dazu Liberatore, Angela, *The Management of Uncertainty. Learning from Chernobyl*, Amsterdam 1999 (International Studies in Global Change, Bd. 10), S. 202ff.

sich in Westeuropa Ende der 1980er-Jahre und vor allem nach dem Ende der Sowjetunion außerdem mehrere Hundert zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich der Hilfe der Tschernobyl-Opfer verschrieben. Den größten Anteil stellen Projekte, die Kinder aus den kontaminierten Gebieten zum Erholungsurlaub ins eigene Land einladen oder Spenden sammeln.⁴⁶ Damit trug der Reaktorunfall von Tschernobyl nicht nur zu einer verstärkten Abstimmung und Zusammenarbeit der EG-Mitgliedsstaaten im Bereich der nuklearen Sicherheit bei. Er begründete auch eine gesamteuropäische, die Blockgrenzen übergreifende Solidaritätsbewegung.

Auffällig ist dennoch, dass ‚Tschernobyl‘ trotz seiner grenzüberschreitenden Auswirkungen vorrangig im nationalen Rahmen diskutiert wurde, was das französische Beispiel nachdrücklich belegt. Die französische ‚Tschernobyl‘-Debatte drehte sich wesentlich um die Frage, inwieweit die eigene Bevölkerung betroffen war. Die Vertreter beider Positionen in der Debatte – auf der einen Seite diejenigen, die das Krisenmanagement für angemessen hielten und die Hysterie der Medien beklagten, auf der anderen Seite die Kritiker, die den Kernkraftexperten und der Politik die gezielte Verharmlosung der Fallout-Folgen vorwarfen – stehen sich bis heute unversöhnlich gegenüber. Zu den Jahrestagen ‚Tschernobyls‘ und Anlässen wie dem Reaktorunfall in Fukushima lebt die Kontroverse wieder auf. Weder die genaue Strahlenbelastung Frankreichs noch ihre gesundheitlichen Auswirkungen sind bisher eindeutig geklärt. Klar ist hingegen, dass die zentralisierte Informationspolitik nach ‚Tschernobyl‘ ihr Ziel verfehlte. Statt die Bevölkerung zu beruhigen, hatte die kanalisierte Kommunikation zu der Annahme geführt, dass der Öffentlichkeit Informationen bewusst vorenthalten wurden.⁴⁷ Ein Verlust der Glaubwürdigkeit und des Vertrauens in die zuständigen Behörden war die Konsequenz.

Eine wichtige Rolle in dem Meinungswandel spielten die Medien, die ab Mitte Mai 1986 eine Plattform für die Kritiker boten. Damit gerieten die Medien aber auch selbst unter Rechtfertigungsdruck, hatten sie doch anfänglich die Einschätzungen der Behörden unhinterfragt übernommen. Andere Quellen wurden in den ersten zwei Wochen nach dem Reaktorunfall kaum zitiert. Die Berichterstattung folgte bis auf wenige Ausnahmen der offiziellen Sichtweise, dass es sich bei ‚Tschernobyl‘ um ein externes Problem handele, welches Frankreich selbst nicht beträfe. Dies begründet sich zum einen darin, dass es kaum Informationen gab, auf die sich die Medien beziehen konnten – weder seitens der Sowjetunion noch seitens der französischen Behörden und mangels unabhängiger Expertise. Nur einzelne Journalisten besaßen zudem ausreichend technisches Knowhow, um die Expertenaussagen einordnen zu können. Zum anderen sind die Gründe für die weitgehend unkritische Wiedergabe der offiziellen Einschätzungen aber auch im französischen Mediensystem selbst zu suchen, in dem vor allem das Fernsehen jahrzehntelang unter staatlicher Einflussnahme stand. Ein Jahr vor der Privatisierung

⁴⁶ Vgl. dazu Junge-Wentrup, Peter (Hg.), Tschernobyl und die europäische Solidaritätsbewegung, Norderstedt 2011; Sahm, Astrid, Auf dem Weg in die transnationale Gesellschaft? Belarus und die internationale Tschernobyl-Hilfe, in: Osteuropa 56 (2006) H. 4, S. 105–166; vgl. auch zu Solidaritätsinitiativen in Deutschland: Arndt, Melanie, Tschernobyl in Deutschland, in: Greiner, Bernd (Hg.), Erbe des Kalten Krieges, Hamburg 2013 (Studien zur Gesellschaftsgeschichte des Kalten Krieges, Bd. 6), S. 364–382.

⁴⁷ Vgl. das Ergebnis einer Meinungsumfrage unter 1.000 Einwohnern in Frankreich, durchgeführt von IPSOS vom 26.–28. Juni 1986, URL: <<http://www.ipsos.fr/ipsos-public-affairs/sondages/nucleaire-tchernobyl-et-ses-consequen-ces>> (03.03.2014): 74 % der französischen Bevölkerung meinten demnach, dass ihnen nicht die Wahrheit gesagt wurde.

des Fernsehsenders TF1 und der damit beförderten Pluralisierung der audiovisuellen Medienlandschaft zeigte sich am Beispiel ‚Tschernobyl‘, dass die Unabhängigkeit von politischem Einfluss und eine eigenständige, gar investigative Recherche im Medium Fernsehen noch keine lange Tradition besaßen.⁴⁸ Erst nachdem bekannt geworden war, dass die ‚Wolke‘ sehr wohl über französisches Territorium hinweggezogen war, stellten die Medien den offiziellen Verlautbarungen auch alternative Einschätzungen der Auswirkungen des Reaktorunfalls gegenüber. Fehler in der eigenen Berichterstattung wurden jedoch nicht eingestanden. Stattdessen ging die Redaktion von Antenne 2 in der Abendausgabe der Nachrichten vom 12. Mai 1986 dem Informationsverlauf nach und rechtfertigte sich für die Wettervorhersage vom 30. April 1986, indem sie auf fehlende Informationen seitens der Behörden und die Tatsache verwies, dass auch kein anderes Medium die ‚Wolke‘ thematisiert hätte.⁴⁹ Ab Mitte Mai 1986 stellten die Medien schließlich die Informationspolitik und das Krisenmanagement der offiziellen Stellen doch infrage und griffen diese zum Teil scharf an – wobei die offene Kritik weniger im Fernsehen und vielmehr in den Printmedien zu finden war. Dabei ging es jedoch nicht nur darum, die Wahrheit herauszufinden, wie sie ihren Anspruch formulierten. Es galt letztlich auch, in den Augen der Bevölkerung nicht selbst an Glaubwürdigkeit zu verlieren.⁵⁰

Medien, hier konkret Fernsehsendungen, sind daher nicht nur als Chronisten einer Debatte zu lesen, anhand derer sich im Nachhinein die Ereignisse rekonstruieren lassen. Vielmehr sind sie als Akteure in den Blick zu nehmen, die zum einen durch ihre Form und Funktionsweise die Ereignisse interpretieren und zum anderen von Menschen gemachte Produkte sind, die Intentionen verfolgen und aktiv in die Debatte eingreifen. Ihre Organisation, ihre Abhängigkeit von staatlicher Einflussnahme und wirtschaftlichen Interessen, aber auch ihre technischen Bedingungen sind daher stärker in die Analyse einzubeziehen, als es an dieser Stelle möglich war. Die französische ‚Tschernobyl‘-Debatte lässt sich nur erklären, wenn die aktive Rolle der Medien differenzierter als mit den bisherigen Labels „Panikmache“ und „Verlautbarungsjournalismus“ beschrieben wird.⁵¹ Dass ihr Einfluss in der Diskussion prägend war, beweist das Bild der ‚Wolke‘, die an der Grenze haltmachte. Es wird in Frankreich bis heute mit dem Begriff „Tschernobyl“ assoziiert, der damit nicht nur für den Reaktorunfall in der Sowjetunion und dessen Folgen für die Bevölkerung in der unmittelbaren Umgebung des Kernkraftwerks steht, sondern auch für das Krisenmanagement in Frankreich und die Verantwortung politischer Vertreter und Kernkraftexperten.

⁴⁸ Vgl. Requate, Jörg, Frankreich seit 1945, Göttingen 2011 (Europäische Zeitgeschichte, Bd. 4), S. 146ff; vgl. auch Sauvage, Monique/Veyrat-Masson, Isabelle, Histoire de la télévision française de 1935 à nos jours, Paris 2012.

⁴⁹ Vgl. Journal de 20 heures, Antenne 2, 12.05.1986, 20:00–20.30 Uhr.

⁵⁰ Vgl. dazu auch Liberatore, Management of Uncertainty, S. 185.

⁵¹ Dies hat mein Promotionsprojekt zu „Tschernobyl und die Medien. Die ‚Tschernobyl‘-Debatte in der bundesrepublikanischen und französischen Medienöffentlichkeit in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre“ zum Ziel.

Literaturhinweise

- Arndt, Melanie, Tschernobyl. Auswirkungen des Reaktorunfalls auf die Bundesrepublik Deutschland und die DDR, Erfurt ³2012.
- Kalmbach, Karena, Tschernobyl und Frankreich. Die Debatte um die Auswirkungen des Reaktorunfalls im Kontext der französischen Atompolitik und Elitenkultur, (Magisterarbeit FU Berlin 2009) Frankfurt am Main 2011 (Zivilisationen und Geschichte, Bd. 7).
- Liberatore, Angela, The Management of Uncertainty. Learning form Chernobyl, Amsterdam 1999 (International Studies in Global Change, Bd. 10).
- Strazzulla, Jérôme; Zerbib, Jean-Claude, Tchernobyl – Les médias et l'événement, Paris 1991 (La Documentation française).
- Topçu, Sezin, La France nucléaire. L'art de gouverner une technologie contestée, Paris 2013.

Jordan, Katrin: "Die Wolke, die an der Grenze haltmachte." Der Reaktorunfall von Tschernobyl 1986 im französischen Fernsehen. In: Themenportal Europäische Geschichte (2014), URL: <<http://www.europa.clio-online.de/2014/Article=677>>.

Dieser Essay bezieht sich auf folgende Quelle: Verlauf der radioaktiven 'Wolke' über Europa. Ausschnitt aus den 20 Uhr-Nachrichten des französischen Fernsehsenders Antenne 2 (30. April 1986). In: Themenportal Europäische Geschichte (2014), URL: <<http://www.europa.clio-online.de/2014/Article=678>>.